

Die kommende Rentner-Generation wird es schwerer haben. Aber ist das wirklich Grund genug, um die Altersversorgung zum Subventionsfall zu machen?

Die Altersprobe der Zivilgesellschaft

Von Gerd Held

Wie werden wir leben, wenn wir alt sind? Es sind nicht allein die Zahlen der Bundessozialministerin, die zum Nachdenken zwingen, sondern auch ihre Schlussfolgerung – die Verwandlung der Beitragsrente in eine Zuschussrente. Vielen Menschen wird es so gehen wie dem Autor dieser Zeilen: Ich frage mich, ob meine berufliche Leistung für meine Altersexistenz wirklich noch Gewicht hat. Geboren im Jahr 1951 gehöre ich nicht ganz zu den „Babyboomern“, aber ich fühle mich doch dieser zahlenmäßig so großen Generation zugehörig. Die Einführung einer Zuschussrente – vorerst nur für bestimmte Gruppen – schafft einen Präzedenzfall, der den Weg in eine generelle Renten-Subventionierung öffnet. Denn die Alarmzahlen für das Jahr 2030 beziehen sich ja nicht nur auf Sonderfälle, sondern auf den Durchschnittsverdiener. Auch wenn diese Zahlen übertrieben sind, so kann doch nicht bestritten werden, dass unser Rentenniveau sinken wird. Da ist die Idee einer Rentensubventionierung durchaus verführerisch. Schon schrauben Sozialpolitiker aller Couleur an komplizierten Modellen, die die klassische, beitragsbezogene Rentenversicherung „korrigieren“. Bislang galt sie als soziale Errungenschaft, nun ist sie nicht mehr sozial genug. „Macht nichts, solange für uns mehr Geld herauskommt“, wird mancher sagen, dem das Beitragsprinzip eine bloße Rechensache erscheint. Aber es ist auch eine Institution, die sicherstellt, dass die berufliche Leistung jedes einzelnen zählt und die Alterseinkommen nicht zum Spielball der Tagespolitik werden. Diese Festlegung der Deutschen Rentenversicherung erinnert an die Rolle der Bundesbank beim Geldwert. Wird nun eine Zuschussrente eingeführt, die bald auf weitere Gruppen

ausgedehnt werden müsste, wird die ganze Architektur der Altersversorgung verändert. Schritt für Schritt würde die Lebensleistung einer ganzen Generation entwertet. Etwas mehr Geld gegen Abschied vom Leistungsprinzip – das ist ein gefährlicher Tausch. Unsere Generation sollte sich gründlich überlegen, ob sie sich darauf einlassen will.

So wie es aussieht, wird meine Rente ungefähr 500 Euro über den Leistungen der Grundsicherung liegen. Der Abstand zu einem Lebensunterhalt, der mir ohne Beitragszahlung zusteht, ist in meinem Fall – wie in vielen Fällen - gar nicht so groß. Aber dieser Abstand ist bedeutsam, weil darin die Anerkennung meiner Leistung liegt. Er besagt, dass diese Rente durch eine eigene Berufstätigkeit erarbeitet wurde. Der Geldbetrag erzählt also meine persönliche Geschichte. In der monatlichen Zahlung wird mir mein Berufsleben wiederbegegnet, meine Erwerbsbiographie. Ich habe etwas gegeben und erhalte etwas. Meine Rente ist verdient. Es ist so wie mit vielen persönlichen Gegenständen und Gewohnheiten, die zu meinem Leben gehören und von meiner Leistung zeugen. Wenn jedoch mein monatliches Geld nur eine Hilfe von fremder Hand ist, dann sind die damit erworbenen Lebensumstände viel weniger meine eigenen Umstände. Die Dinge blicken mich fremder an, auch wenn aus ihnen das Geberlächeln einer Sozialministerin hervorlächelt. Ich fühle mich weniger zu Hause. Die meisten Menschen, deren Existenz von fremder Hilfe abhängt, fühlen sich nicht ganz wohl dabei. Das Streben nach Eigenständigkeit ist ein sehr menschliches Streben. Es wird im Alter nicht weniger. Der eigene Stolz hat ein langes Leben.

Doch schwingt in der gegenwärtigen Angstdebatte um die „neue Altersarmut“ noch ein anderes Element mit: Sind wir nicht sowieso hilfsbedürftig, wenn die Kraft nachlässt und Krankheiten das Leben schwer machen? Wer 60 Jahre alt ist, dem wird diese Aussicht nicht ganz fremd sein, ob durch Miterleben bei den Eltern oder schon durch Erfahrung am eigenen Leib. Doch ist die Situation nicht so eindeutig. Besonders bei den elementaren Dingen des Alltags liegen Abhängigkeit und Unabhängigkeit dicht beieinander: Wenn der Einkauf, das Essenkochen, die Hygiene, das Schreiben oder der Gang auf die Straße mühsamer werden, bieten sich heute viele Dienstleistungen an. Das Angebot der Pflege greift inzwischen auf die ganze Lebensgestaltung über. Bisweilen wird sie zum Willensersatz. Auf diesem Weg kann der kleine, aber eigene Schritt im täglichen Seniorenleben entwertet werden und erscheint bald gar nicht mehr als Möglichkeit. Aber ebenso gibt es auch viele ältere Menschen, die ihren persönlichen kleinen Unabhängigkeitskampf führen und ihre Eigenleistung hartnäckig verteidigen. Wir erfahren wenig von ihnen. Sie sind nicht sichtbar, weil sie sozialpolitisch nicht vorzeigbar sind. Doch die Verkäuferin von unserem Supermarkt kennt ihre hochbetagten Kunden, die seit Jahren ihre Siebensachen holen. Ambulante Pflegekräfte berichten von Kunden, die über gewohnte Verrichtungen eifersüchtig wachen. Und mancher Landarzt in der brandenburgischen Diaspora weiß, wie dehnbar der Begriff „Pflegebedarf“ dort buchstabiert wird. Deshalb kann man Hochrechnungen, die für die kommende Jahrzehnte einen gigantischen Pflegebedarf voraussagen, getrost

bezweifeln.

„Dann willst Du doch auch gepflegt werden“, höre ich. So einfach ist es nicht. Zweifellos gibt es schwere Krankheiten, bei denen es zur Pflege keine Alternative gibt. Aber bei den elementaren Dingen gibt es eine echte Wahl. Hier gerade entscheidet sich Abhängigkeit oder Unabhängigkeit. Ich fürchte am Alter nicht so sehr, dass ich eines Tages keine Weltreise mehr machen kann, sondern dass andere mir meinen Alltag bestimmen. Die fremde Hand an Schreibtisch, Küche, Badezimmer und Bett – das ist es, was vielen Menschen nahe geht und was sie ablehnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass meine Generation sich vor eine Situation gestellt sehen wird, in der vieles aus den Mitteln von Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung nicht mehr bezahlbar ist. Aber wir sind dann nicht hilflos. Es gibt Spielräume und es liegt in unserer Hand, das Verhältnis von Eigenleistung und fremder Hilfe neu auszutarieren. Hier entscheidet sich, ob die Eigenständigkeit unserer Zivilgesellschaft den demographischen Wandel übersteht oder an ihm scheitert.

Das Schielen auf einen höheren Beitrag anderer Generationen lenkt von dieser Aufgabe nur ab. Es wäre unververtretbar, wenn die kommenden starken Rentnerjahrgänge den jüngeren Arbeitnehmern und ihren Familien noch höhere Sozialbeiträge oder Steuern abverlangen würden, nur weil für uns Einkommensverluste ein Tabu sind. Wenn wir hingegen mit eigenen Lebensmodellen unser großes demographisches Gewicht schultern, könnte das ein spätes Markenzeichen einer Generation sein, die immer so stark auf ihre Selbstbestimmung gepocht hat.

(Manuskript vom 27.9.2012, erschienen als Essay in der Tageszeitung DIE WELT unter der Überschrift „Die Altersprobe“ am 12.10.2012)